



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 30.03.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1 Schulentwicklung

TOP 1.1 Aktualisierung Schulentwicklungsplanung - Vorl.Nr. 086/11
Auftragsvergabe

Beschluss:

Mit der Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung 2012 ff. wird die Projektgruppe Bildung und Region, Königsplatz 27, 53173 Bonn auf der Grundlage des eingereichten Angebots mit einer Angebotssumme von 28.560 € beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 086/11.

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) verweist auf die Klausurtagung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 15.01.2011, fasst die Aufträge des Gremiums an die Verwaltung zusammen und erläutert das weitere Verfahren. Für die Stadt Ludwigsburg sei die Grundschulentwicklung im Blickwinkel einer Ganztagesbetreuung. Um die Ludwigsburger Schulen bedarfsgerecht weiter zu entwickeln brauche die Verwaltung die Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung.

EBM **Seigfried** verweist ergänzend darauf, dass man mit der Projektgruppe Bildung und Region gute Erfahrungen gemacht habe, auch was die Preiswertigkeit betreffe. Er schlägt vor, nach einer ersten gutachterlichen Stellungnahme die Schulentwicklungsplanung in der gewohnten Dialogform fortzuführen.

In der nachfolgenden Aussprache geht Stadtrat **Kromer** davon aus, dass man zum Ausbau der Ganztagesbetreuung realistische Ratschläge erwarten könne.

Stadtrat **von Stackelberg** hält eine gute Grundlage für die vielen anstehenden Entscheidungen für sehr wichtig. Das Wahlverhalten der Schüler auf Gymnasien sei seiner Meinung nach um das Wahlverhalten der Schüler auf Werkrealschulen zu ergänzen.

Stadträtin **Moersch** bringt zum Ausdruck, dass die bisherigen Prognosen der Projektgruppe sehr genau gewesen seien. Sie erhoffe sich von der Aktualisierung Aussagen zum Ausbau der Ganztageschule.

Stadträtin **Steinwand** weist auf die politisch veränderte Situation nach der Landtagswahl hin und rät, zunächst abzuwarten.

Stadtrat **Heer** sieht den Schwerpunkt der weiteren Stufe der Schulentwicklungsplanung in Konzeptionen zu einzelnen Standorten und in einer inhaltlichen Konkretisierung. Es sei sehr sinnvoll, den Dialog mit erweiterten Schulbeiräten zu führen und alle Schulen mitzunehmen.

EBM **Seigfried** spricht sich dafür aus, nicht auf Veränderungsprozesse von Seiten der Landesregierung zu warten. Das Thema Schulpolitik sei schon immer dynamisch gewesen. Selbstverständlich sei, dass man in der weiteren Planung auf Veränderungen in der Landespolitik reagieren könne.

Abschließend stellt er die Vorl.Nr. 086/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 1.2

Goethe-Gymnasium - Einrichtung einer deutsch-französischen Abteilung

Vorl.Nr. 091/11

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg als Schulträger beantragt beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Einrichtung einer deutsch-französischen Abteilung (AbiBac) am Goethe-Gymnasium zum Schuljahr 2011/12.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 091/11.

Auf weiteren Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

In der nachfolgenden Aussprache wird das Vorhaben der Einrichtung einer deutsch-französischen Abteilung am Goethe-Gymnasium seitens des Gremiums allgemein sehr begrüßt.

Stadtrat **Kromer** bringt zum Ausdruck, dass das Profil gut zu Ludwigsburg passe. Man sei erfreut,

dass alle anderen Gymnasien zugestimmt hätten.

Stadtrat **von Stackelberg** spricht sich dafür aus, dass das Vorhaben auch mit dem Gymnasium Marbach abgestimmt werde, um eine Konkurrenzsituation zu vermeiden.

EBM **Seigfried** erklärt, dass keine Abstimmung mit Marbach stattfinden werde.

Die Stadträte **Dr. Vierling** und **Heer** sowie die Stadträtinnen **Moersch** und **Lange** stimmen dem Vorhaben zu und halten die Einführung des deutsch-französischen Profils für eine gute Ergänzung.

Der Geschäftsführende Schulleiter der Gymnasien Herr **Hohloch** beantwortet nachfolgend die Fragen aus dem Gremium insbesondere nach dem Genehmigungsverfahren. Er weist darauf hin, dass Schüler mit einem bilingualen Abitur berechtigt seien, an einer französischen Universität zu studieren.

Seitens des anwesenden stellvertretenden Schulleiters des Goethe-Gymnasiums wird zum Ausdruck gebracht, dass es keine Konkurrenzsituation zum Marbacher Gymnasium geben werde.

Auf Anfrage von Stadträtin **Moersch** ergänzt EBM **Seigfried**, dass bereits 25 Anmeldungen vorlägen.

EBM **Seigfried** stellt abschließend die Vorl.Nr. 091/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 1.3	Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in Hoheneck/Schaffung eines Kernzeitenraums für die Grundschule Hoheneck	Vorl.Nr. 122/11
---------	--	-----------------

Beschluss:

1. Das Evangelische Kinder- und Familienzentrum Hoheneck - Johannes-Ebel (Wilhelm-Nagel-Straße 57) wird um eine Gruppe für Kleinkinder mit 10 Plätzen erweitert.
2. Die Evangelische Kirche erhält zum Bau von einer Krippengruppe im Kinder- und Familienzentrum Hoheneck bei anerkannten Baukosten in Höhe von 390.000 € einen Zuschuss in Höhe von maximal 270.000 €. Der städtische Zuschuss wird nur gewährt, wenn die Investitionszuschüsse des Bundes in Höhe von 12.000 € pro Platz, somit insgesamt 120.000 €, gewährt werden.
3. Im Städtischen Gebäude Wilhelm-Nagel-Straße 65, in dem die Evangelische Kindertageseinrichtung Robert-Franck untergebracht ist, werden zwei vorhandene, nicht mehr benutzte Wohnungen zu einem Kernzeitenbereich für die Grundschule Hoheneck ausgebaut. Die Kosten belaufen sich auf 80.000 €, die außerplanmäßig bereitgestellt und im Nachtrag 2011 etatisiert werden.
4. Diese Beschlüsse gelten unter Vorbehalt der Zustimmung der Kirchengemeinde Hoheneck.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 122/11.

Die Vorlage ausführlich erläuternd stellt Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation die Planung und damit zusammenhängend die untersuchten Möglichkeiten für den Ausbau der U3-Kinderbetreuung in Hoheneck dar. Sie geht auf die Vor- und Nachteile der vorliegenden Vorschläge ein und begründet den vorliegenden Beschlussvorschlag.

EBM **Seigfried** weist ergänzend darauf hin, dass die Einrichtungen direkt nebeneinander lägen und eine Art Bildungs- und Betreuungseinheit bildeten, die weitere Entwicklungsperspektiven bieten würden. Aus seiner Sicht stellten die Vorschläge eine Zwischenlösung dar.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadträtin **Kreiser** den Stadtteil Hoheneck bei der U3-Betreuung bislang benachteiligt. Sie schließt sich an, dass es sich nur um eine gute Zwischenlösung handeln könne.

Stadtrat **von Stackelberg** erläutert, dass man dem Vorschlag zum Gebäude Wilhelm-Nagel-Straße 57 in Form eines Erweiterungsbaus sehr gerne zustimme. Bezug nehmend auf das Vorhaben in der Wilhelm-Nagel-Straße 65 weist er auf weitere notwendige Schritte hin, die unbedingt im Auge behalten werden müssten. Er betont, es müsse möglichst rasch eine dauerhafte befriedigende Lösung gefunden werden. Auch die Verkehrsproblematik sei heute schon häufig untragbar und werde nun noch schwieriger. Überlegenswert sei, ob die Ostertagstraße teilweise während der Schulzeit gesperrt werde.

Stadträtin **Klett-Heuchert** überlegt, ob mit einem Erweiterungsbau an der Grundschule die Essensversorgung und Ganztagesbetreuung sicher gestellt werden könnte und ob es nicht besser sei, diesen Gedanken zu verfolgen, bevor eine Summe von 80.000 Euro in ein Provisorium investiert würden.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass das Gebäude komplett und dauerhaft für Kindertagesbetreuung ausgebaut werde. Die Räumlichkeiten würden lediglich vorübergehend für die Kernzeitenbetreuung genutzt. Dies sei die Interimslösung, die ansonsten nur über einen Container gelöst werden könnte, was die Verwaltung nicht vorschlagen möchte.

Stadtrat **Heer** ist der Meinung, dass die Vorschläge seitens der Verwaltung sehr sinnvoll seien. Es sei eine Verbesserung der U3-Betreuung bei gleichzeitiger Möglichkeit, die Räumlichkeiten in vielfältiger Weise für andere Zwecke zu verwenden.

Frau **Barnert** und Frau **Clauß** (FB Bildung, Familie, Sport) beantworten nachfolgend Fragen aus dem Gremium, insbesondere nach den Kosten und der Kostenkontrolle. In den Betriebserlaubnissen würde formal von Kinderbetreuung bis 14 Jahren gesprochen.

Auf Anfrage von Stadtrat **Dr. Vierling** erläutert EBM **Seigfried**, dass ein Bau für zwei Gruppen nie im Gespräch gewesen und deshalb auch nicht geprüft worden sei.

Frau **Barnert** führt auf die Anregung von Stadtrat **Kirnbauer**, beim Ausbau des Robert-Franck-Kindergartens ein weiteres WC vorzusehen, aus, dass dies nach Prüfung nicht erforderlich sei.

EBM **Seigfried** fasst zusammen, dass die Thematik des Schulwegs noch offen geblieben sei. Dies sei eine Frage der Organisation beziehungsweise der passenden Maßnahmen.

Er stellt abschließend die Vorl.Nr. 122/11 im Gremium zur Abstimmung.

Nach Abstimmung informiert EBM **Seigfried** über den Antrag der Anton-Bruckner-Schule auf Zuteilung einer Lehrkraft für islamischen-sunnitischen Religionsunterricht. Die Stadt habe dem Vorhaben zugestimmt.

TOP 1.3.1

- Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2011

Vorl.Nr. 051/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2011, Vorl.Nr. 051/11 ist mit Beratung und Beschlussfassung über die Vorlage Nr. 122/11 im BSS am 30.03.11 erledigt.

Siehe dortigen Beratungsverlauf.

TOP 2

Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen
2011/2012

Vorl.Nr. 115/11

Beschluss:

- 1.) Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt im Rahmen der Bedarfsplanung die Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen zum Beginn des Kindergartenjahres 2011/2012 bzw. zum Beginn des Kindergartenjahres 2012/2013. Die Ausgaben in Höhe von insgesamt **82.292,67 €** werden genehmigt.
- 2.) Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt die investiven Mittel, für die im Rahmen der städtischen Anträge erforderliche zusätzliche Möblierung, in Höhe von 24.500 €, sowie die bei diesen Maßnahmen erforderlichen Umbaumaßnahmen in Höhe von 10.500 €.
- 3.) Die Finanzierung erfolgt über die Finanzpositionen 1.4640.5701.000 und 1.4641.7050.000. Der bisher nicht veranschlagte Mehrbedarf in Höhe von maximal 17.300 € wird vorbehaltlich der Genehmigung im Nachtragshaushaltsplan finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 115/11.

Frau **Clauß** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Bedarfsplanung 2011/2012 und gibt Informationen insbesondere in Bezug auf die Themenbereiche aktuelle Versorgungssituation, Bedarfsplanung, Versorgungsquoten und Folgekosten verschiedener Maßnahmen.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die Prognosen nur für eine unveränderte Rechtslage gelten könnten.

Stadträtin **Kopf** lobt in der nachfolgenden Aussprache die informative Vorlage. Man habe nun Aussagen über die Versorgungssituation und zum Bedarf, der in Richtung Ganztagesbetreuung mit Mittagessen gehe. Sie spricht insbesondere den Handlungsbedarf in Oßweil und Poppenweiler an.

Stadtrat **Dr. Bohn** sieht ebenfalls einen erheblichen Mangel an U3-Plätzen in Poppenweiler, Neckarweihingen und Oßweil. Weiterhin bestehe bezüglich einer Ganztagesbetreuung sehr hoher Bedarf. Er bringt zum Ausdruck, sich schnellstmöglich diesen Aufgaben zu stellen.

Stadtrat **Kirnbauer** erinnert daran, dass man in den letzten Jahren in den Ausbau U3 viel getan und viel investiert habe. Man müsse nun auch abwarten, was sich unter der neuen Regierung entwickle und weitere Investitionen mit Augenmaß vornehmen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** befürwortet die Mehraufwendungen im Zusammenhang mit einem bedarfsorientierten Angebot.

Stadtrat **Heer** erklärt, dass auch er der Vorlage zustimme. Er habe nicht allzu viel Hoffnung, dass von anderer Seite viel Kostenerstattung kommen werde. Andererseits gelte es, die Versorgungsquote und die Erwartungen der Eltern zu erfüllen. Er stellt nochmals fest, dass sieben der elf Bereiche eine Versorgung von unter 15 % hätten. Dort bestehe dringender Handlungsbedarf. Von der Verwaltung erwarte er in absehbarer Zeit ein Konzept zum Abbau der Defizite, unabhängig von der Finanzierung der Zukunft.

Frau **Clauß** geht auf Anfrage von Stadträtin **Kopf** auf weitere Überlegungen zu den Stadtteilen Oßweil und Poppenweiler ein. Ergebnisse zur zugesagten Telefonumfrage zum Bedarf würden im Oktober 2011 erwartet.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass es ein Konzept zum Ausbau der U3-Betreuung gebe, die der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschlossen habe. Dieses müsse jährlich fortgeschrieben werden. Die U3-Plätze seien in der Stadt unterschiedlich verteilt. Es werde auch weiter Ungleichgewichte geben, die beispielsweise auch daran lägen, dass die Eltern nicht immer die wohnortnahe Versorgung anstrebten. Deshalb sei auch bisher nicht Paradigma, überall gleichmäßige Versorgung anzustreben.

Frau **Clauß** sagt auf Anfrage von Stadtrat **Dr. Vierling** eine weitere Vorlage zur Ausbauplanung U3 zu, in der dargestellt werde, wie die Zielperspektive erreicht werden könne.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 115/11 im Gremium zur Abstimmung.

Außerhalb der Tagesordnung informiert EBM **Seigfried**, dass bezüglich der Bundesinitiative zur Sprachförderung und Integration von Ludwigsburger Einrichtungen Anträge gestellt worden seien. Im Sichtungsverfahren seien unter bestimmten Auswahlkriterien neun Kindertageseinrichtungen aus Ludwigsburg, darunter drei städtische Einrichtungen, in dieses Programm aufgenommen worden. Zuwendungsbescheide lägen bis 31.07.2011 vor. Die Einrichtungen könnten nun Spezialkräfte in Halbtagsbeschäftigung suchen und erhielten hierfür eine Förderung des Bundes. Die jeweiligen Träger würden befristete Arbeitsverträge abschließen.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Klett-Heuchert** bestätigt EBM **Seigfried**, dass die Suche nach Fachpersonal für die Kindertageseinrichtungen zunehmend schwierig werde.

TOP 3

Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes,
Sachstandsbericht zur Jugendfeuerwehr

Vorl.Nr. 130/11

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 130/11.

Herr **Reinhardt** (FB Sicherheit und Ordnung, Feuerwehr) informiert nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation über die aktuelle Jugendarbeit der Feuerwehr und gibt Einblicke in Mitgliederzahl, Konzeption, Aktionen und Projekte. Er gibt auch einen Ausblick auf die weitere Entwicklung.

EBM **Seigfried** hält die außerschulische Jugendarbeit der Feuerwehr in der sich stark verändernden Gesellschaft für sehr wichtig. Er sei sehr dankbar, dass es Menschen gebe, die sich diesbezüglich stark engagierten.

In der nachfolgenden Aussprache bedankt sich Stadtrat **Kromer** für das große Engagement der Verantwortlichen und weist darauf hin, dass trotz aller Bemühungen die Abgänge in der Jugendfeuerwehr höher als die Zugänge seien. Er sehe auch die Notwendigkeit, Migranten mit einzubinden.

Stadtrat **Daferner** hat es imponiert, wie die Jugendfeuerwehr versucht integrativ aufzubauen. Er weist auf die Jugendförderung der Stadt und die Möglichkeit, dort nach Kooperationen zu suchen, hin.

Stadtrat **Kirnbauer** erklärt, dass man freiwilliges Personal brauche, das nur aus der Jugendfeuerwehr und nun aus der Kinderfeuerwehr gewonnen werden könne. Er sagt der Feuerwehr bei ihren Bemühungen die Unterstützung des Gemeinderats zu.

Aus der Sicht von Stadtrat **Heer** befinde man sich auf dem richtigen Weg.

Herr **Reinhardt** erläutert auf Anfrage von Stadträtin **Steinwand** und Stadtrat **Heer**, dass in der Jugendfeuerwehr auf die pädagogischen Fähigkeiten der Kinder- und Jugendbetreuer geachtet werde. Die Integration von Migranten bereite mit gegenseitigem Verständnis und Offenheit keine Schwierigkeiten.

EBM **Seigfried** stellt abschließend fest, dass der Bericht sehr positiv zur Kenntnis genommen wurde.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4, 4.1, 4.2 und 4.3, Vorl.Nr. 118/11, 119/11 und 120/11 werden vertagt. Im Einverständnis des Gremiums soll insgesamt eine Diskussion im nächsten BSS zusammen mit der überarbeiteten Konzeption der Kinder- und Jugendförderung stattfinden.

Mit Blick auf die zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladenen Mitglieder der Stadtteilausschüsse Hoheneck, Neckarweihingen, Oßweil und Poppenweiler wird aus der Mitte des Gremiums angeregt, diesen Tagesordnungspunkt als ersten Beratungspunkt in der Tagesordnung aufzunehmen. Des Weiteren wird um eine entsprechende Anpassung bei der Benennung des Tagesordnungspunktes gebeten.

TOP 4.1

Bericht der Kinder- und Jugendförderung für
das Jahr 2010 (Jahresbericht)Vorl.Nr. 118/11

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 4.1, Vorl.Nr. 118/11 wird vertagt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

TOP 4.2

Bericht des Jugendreferenten für das Jahr 2010
(Jahresbericht)Vorl.Nr. 119/11

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 4.2, Vorl.Nr. 119/11 wird vertagt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

TOP 4.3

Bericht über die Ergebnisse der Stadtteil-
Jugendkonferenzen in Hoheneck,
Neckarweihingen, Oststadt, Oßweil und
PoppenweilerVorl.Nr. 120/11

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 4.3, Vorl.Nr. 120/11 wird vertagt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Abweichender Beschluss:

1. Bis zum Schuljahr 2015/16 soll aufgrund der fundamentalen Chancen zur flankierenden Unterstützung der Bildungs- und Integrationsziele eine möglichst flächendeckende musikalische Früherziehung an den Kindertagesstätten sowie an den Grundschulen in den Klassenstufen 1 und 2 stattfinden. Wesentliche Partner bei der Konzeption, Durchführung und Weiterentwicklung sind die Jugendmusikschule Ludwigsburg und der Stadtverband der Gesang und Musikvereine. Dem Konzept der Vorlage Nr. 301/10 wird zugestimmt.

2.

a) Ab dem Schuljahr 2011/12 werden in 5 Grundschulen und in 9 Kindertagesstätten die Angebote für musikalische Frühförderung durch die Jugendmusikschule (Anlage 2) umgesetzt. Ab 2012/13 orientiert sich die Entwicklung ihrer Angebote entsprechend der Planung.

b) Ab dem Schuljahr 2011/12 führt der Stadtverband der Gesang- und Musikvereine (Anlage 3) an 6 Kindertagesstätten Angebote zur musikalischen Frühförderung durch. In den folgenden Jahren werden die Angebote entsprechend der Planung ausgebaut.

3. Die Angebote zur musikalischen Frühförderung werden ergänzt durch weitere Kooperationen von städtischen und freien Kulturträgern an Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen in den Bereichen Theater, Tanz, bildende Kunst, Literatur/Lesen und Museumspädagogik.

4. Annahme der Spende

Die Spende der Ruprecht-Stiftung in Höhe von 50.000 € wird angenommen und ist für die musikalische Früherziehung an Kindertagesstätten und Grundschulen einzusetzen.

5. Finanzierung

a) In den Haushalten 2011 bis einschließlich 2013 wird das musische Bildungskonzept kostenneutral geführt. Die Ausgaben werden durch Spendeneinnahmen der Ruprecht-Stiftung und Elternbeiträge gedeckt.

b) Ab dem Jahr 2014 werden vorbehaltlich einer Beschlussfassung im Haushalt finanzielle Mittel i.H. v. 25.000, 00 € jährlich zur teilweisen Finanzierung des Zuschussbedarfs bereit gestellt.

6. Die Verwaltung, FB Kunst und Kultur und FB Bildung, Familie und Sport berichten jährlich, erstmals zum Ende des Schuljahres 2011/12 über den Stand des Projekts.

7. Das Projekt „Musisch-kulturelle Bildung“ wird nicht zu Lasten des weiteren Ausbaus der U3-Plätze in den Ludwigsburger Kindertagesstätten realisiert. Der Ausbau der U3-Plätze wird wie geplant und verabschiedet weitergeführt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Kreiser

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 126/11, die Behandlung der Thematik in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am Vortag und die bereits vorhandene grundsätzliche Zustimmung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales. Lediglich die Finanzierungsfrage sei offen geblieben.

Stadträtin **Kopf** weist in der nachfolgenden Aussprache darauf hin, dass der WKV zum Thema einen einstimmigen Beschluss gefasst habe. Musische Bildung habe auch einen sehr integrativen Anteil. Man wolle bisher eine Finanzierung innerhalb des Haushalts und einen höheren Beitrag von den Teilnehmern. Ihrer Ansicht nach sollte jetzt ein Anfang gemacht, nach einem Jahr eine Reflexion durchgeführt und gegebenenfalls nachgesteuert werden.

Stadtrat **von Stackelberg** führt aus, man begrüße das dahinterstehende Konzept. Er ist der Meinung, dass über eine gute Öffentlichkeitsarbeit ein hohes Interesse geweckt werden sollte. Von den Kosten her sei es zu einer guten Lösung gekommen.

Stadträtin **Moersch** informiert, dass die finanziellen Bedenken ausgeräumt wurden und lobt die Verwaltung, einen Weg gefunden zu haben, musische Bildung in Ludwigsburg einzusetzen. Der finanzielle Rahmen sei nun ein anderer und damit ein gangbarer Weg gefunden.

Stadträtin **Klett-Heuchert** sieht die musische Bildung als wichtiges Element in der Persönlichkeitsentwicklung an. Der Zugang müsse für jeden offen sein. Man trage einen Elternbeitrag in Höhe von 7,50 Euro pro Monat mit, möchte aber einen regelmäßigen Bericht, wie die Sache angenommen werde.

Stadtrat **Heer** sieht die Möglichkeit, das Defizit am schulischen Angebot auszugleichen. Er möchte die Verwaltung beim Wort nehmen, die beauftragt werden solle, eine langfristige Finanzierung durch Drittmittel anzustreben und stellt den Antrag, den Beschluss diesbezüglich zu ergänzen.

Dieser Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Als Ergebnis der Aussprache stellt EBM **Seigfried** abschließend die Vorl.Nr. 126/11 abweichend entsprechend der Beschlussfassung im WKV am 29.03.11 im Gremium zur Abstimmung. Der Beschlussvorschlag wird somit um Ziffer 7 erweitert und Ziffer 5. b) um den Vorbehalt der Beschlussfassung ergänzt.

TOP 5.1

**Musisch-kulturelle Bildung in Ludwigsburg -
Antrag der SPD-Fraktion vom 14.07.2010**

Vorl.Nr. 343/10

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 14.07.2010, Vorl.Nr. 343/10 ist durch seine Berücksichtigung unter Hinzufügen der Ziffer 7 des Beschlusses der Vorl.Nr. 126/11 und der Beschlussfassung im BSS am 30.03.11 erledigt.

Siehe auch Tagesordnungspunkt 5, Vorl.Nr. 126/11.

Abweichender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Ludwigsburg e.V. für die gemeinwesenorientierte Sozialarbeit in Grünbühl/Sonnenberg für die Jahre 2011 und 2012 eine Vereinbarung abzuschließen, die einen Anteil der Regiekosten von maximal 5 % beinhaltet.
Bis März 2012 bzw. 2013 sind ein Verwendungsnachweis und ein Jahresbericht vorzulegen.
2. Aufgrund der vorgelegten Jahresrechnung für das Jahr 2010 wird der Zuschuss für das Deutsche Rote Kreuz auf 60.000 Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Kreiser

Beratungsverlauf:

Unter Verweis auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 020/11 erläutert EBM **Seigfried** einleitend, dass man seit langer Zeit mit dem DRK-Kreisverband zusammenarbeite, früher in weiterem Umfang und seit etwa drei Jahren reduziert auf die Gemeinwesenarbeit. Er verweist auf den Auftrag, eine neue Vereinbarung abzuschließen. Der Vorschlag beruhe auf der Basis der Verhandlungen und Gespräche mit dem DRK-Kreisverband.

Stadtrat **Kirnbauer** erklärt in der nachfolgenden Aussprache die grundsätzliche Zustimmung, kritisiert jedoch, dass die Regiekosten wieder über 5 % lägen, was aus seiner Sicht nicht akzeptabel sei.

Auf Anfrage von Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt EBM **Seigfried**, dass die Reduzierung auf eine Personalstelle bereits vor einem Jahr beschlossen worden sei und macht erläuternde Ausführungen in Bezug auf die Regiekosten.

Frau **Karcheter** führt auf Anfrage von Stadträtin **Kopf** und Stadtrat **Daferner** aus, dass das DRK eigenständig bleiben solle.

Stadtrat **Kirnbauer** besteht darauf, bezüglich der Regiekosten die beschlossene 5 %-Linie beizubehalten und nachzuverhandeln. Das DRK müsse sich daran halten und von den hohen Regiekosten von 10 % herunter kommen. Er sei nicht bereit, das so mitzutragen.

Nach weiterer Aussprache und Diskussion bezüglich der Regiekosten fasst EBM **Seigfried** zusammen, dass nach übereinstimmender Meinung des Gremiums die Regiekosten maximal 5 % betragen dürften.

Als Ergebnis der weiteren kurzen Beratung stellt EBM **Seigfried** abschließend die Vorl.Nr. 020/11

abweichend unter Berücksichtigung der Änderung in Ziffer 1, wonach seitens der Verwaltung mit dem DRK eine Vereinbarung abgeschlossen werden solle, die einen Regiekostenanteil von maximal 5 % beinhaltet, im Gremium zur Abstimmung.

TOP 7

Nachlass Günter Albert Rebhorn, verst.
01.02.2011 / Annahme des Vermächtnisses an
die Bürgerstiftung Ludwigsburg gemäß § 78 Abs.
4 Gemeindeordnung

Vorl.Nr. 099/11

Beschluss:

Die Bürgerstiftung Ludwigsburg nimmt die ihr infolge des Testaments von Herrn Günter Albert Rebhorn zugewendete Geldsumme i. H. v. 20.000 EUR als Vermächtnisnehmerin unter Vorbehalt der Zustimmung des Stiftungsrates an und bringt diese als Zustiftung in das Stiftungsvermögen ein.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Kreiser

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 099/11.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Stadträtin **Moersch** hebt im Namen des gesamten Gremiums die außergewöhnlich großzügige Zuwendung an die Bürgerstiftung hervor.

Stadtrat **Heer** regt an, den Stiftungsgedanken zu unterstützen und die Stifter in irgendeiner Form zu unterstützen, beispielsweise mit Namensgebungen bei Straßen.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 099/11 im Gremium zur Abstimmung.